



Kulturhaus 25. April im Stadtzentrum von Pjöngjang

nungsbau und Propagandadenkmälern geprägt ist? Aus Neugierde, sagt Meuser, und aus Interesse für eine Stadt, die sich einer unabhängigen Berichterstattung und erst recht „einer objektiven und kritischen Architekturgeschichte entzieht“. Meuser stellt ein architektonisches Kuriositätenkabinett vor, mit den für sozialistische Metropolen typischen Bau-Inszenierungen breiter Boulevards und Verkehrsachsen, die großstädtisches Flair suggerieren sollen. Er zeigt die mitunterer haushohen Bild-Propagandafeln, die in die Blickachsen der öffentlichen Räume gestellt sind, die U-Bahn mit den 1998 in Berlin ausrangierten Waggons oder die ideologisch aufgeladenen Blumenbilder, die dem „Ewigen Präsidenten“ Kim Il Sung und seinem Sohn, dem „Geliebten Führer“ Kim Jong Il, huldigen: mit unvergänglichen Blumen wie der „Kimilsungia“, einer eigens gezüchteten Orchidee. Der Architekturführer ist ein Spaziergang durch das, so Meuser, „wahrscheinlich am besten erhaltene Open-Air-Museum sozialistischer Baukunst“ in einem verbotenen Land.

PHILIPP MEUSER

CHINA

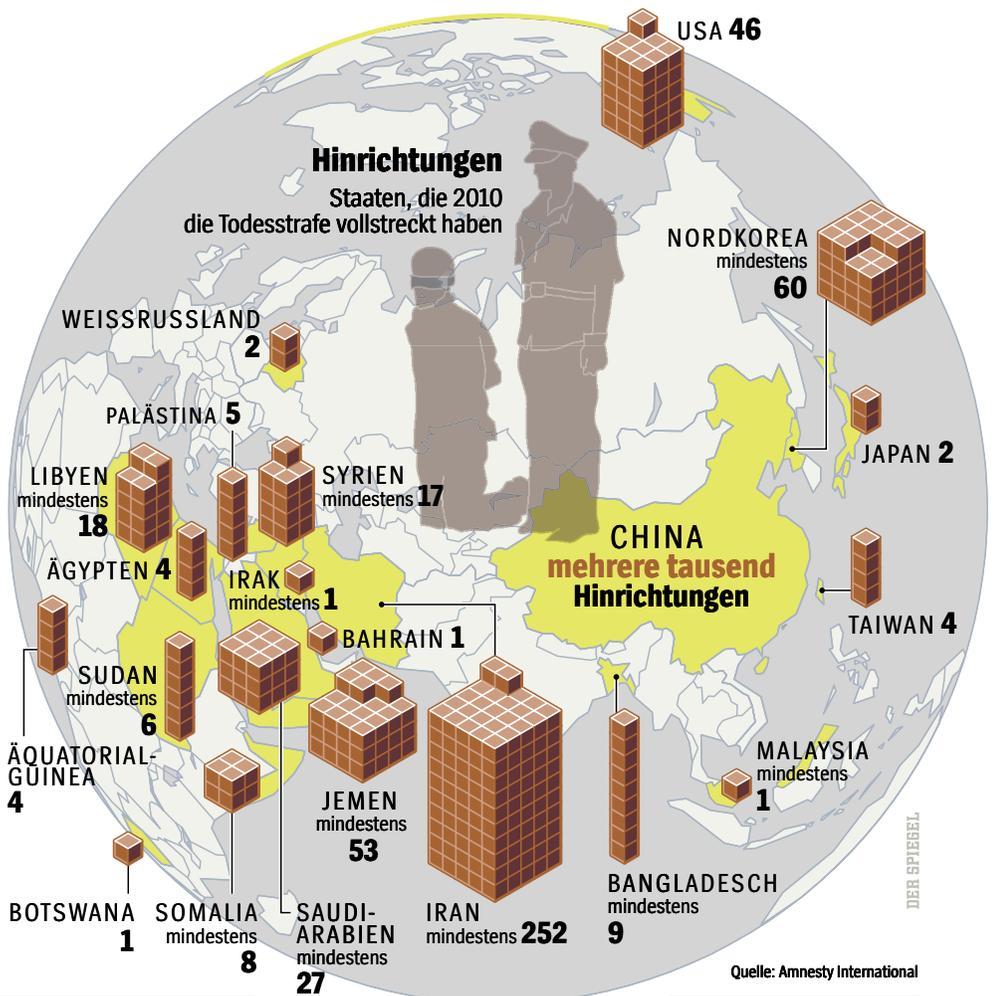
Herrschaft der Angst

Der Pekingener Anwalt Liu Xiaoyuan hat sich fünf Tage nach seinem Verschwinden wieder zurückgemeldet. Liu, der als einer der möglichen Anwälte des festgenommenen Künstlers Ai Weiwei gilt, sagte, er sei von der Polizei „weggebracht“ worden. Es handelt sich wohl um einen Einschüchterungsversuch. „Vielleicht hat es etwas mit Ai Weiwei zu tun, weil wir Freunde sind“, glaubt Liu. Er hatte noch am 14. April um 19.59 Uhr eine Alarmmeldung in seinem Mikroblog hinterlassen: „Werde von Unbekannten verfolgt.“ Nach seiner Rückkehr schrieb er im Kurznachrichtendienst Sina Weibo den Kommentar: „Kann nicht einschlafen. Ich weiß nicht, ob es damit zusammenhängt, dass ich es gewohnt bin, unter Schutz zu schlafen, oder ob mein Blutdruck jetzt so hoch ist.“ Seit Mitte Februar sperren die Behörden aus Angst vor einer chinesischen Jasmin-Revolution reihenweise Anwälte, Blogger und Aktivisten ein.

TODESSTRAFE

Schüsse im Schloss

Nach dem Terroranschlag in Minsk droht den mutmaßlichen Bombenlegern die Hinrichtung, denn Weißrussland vollstreckt als letzter Staat in Europa noch immer die Todesstrafe. Mitte April hatten mehrere Männer einen Sprengsatz in der U-Bahn der weißrussischen Hauptstadt gezündet. 13 Menschen wurden getötet, rund 200 verletzt; laut Aussagen der Generalstaatsanwaltschaft soll „Mordlust“ das Motiv der Täter gewesen sein. Der autoritär herrschende Staatschef Alexander Lukaschenko fordert nun öffentlich die Höchststrafe. In seiner 17-jährigen Amtszeit wurden bisher mehr als 160 Menschen hingerichtet; die Delinquenten werden häufig im Untersuchungsgefängnis Schloss Pischtschalowski per Schuss in den Hinterkopf exekutiert. Voriges Jahr wurden dort zwei Männer wegen Mordes erschossen, ihre Angehörigen waren nicht über die bevorstehende Vollstreckung der Strafe informiert worden. 1996 hatten sich 80 Prozent der Bevölkerung Weißrusslands gegen die Abschaffung der Todesstrafe ausgesprochen. Im Nachbarland Russland dagegen verbot das Verfassungsgericht ab 2010 weitere Hinrichtungen.



Quelle: Amnesty International